

BastA!

Basels starke Alternative

ABSTIMMUNG

KRANKENKASSENPRÄMIEN DECKELN!



Quelle: pixabay, Humusak
<https://pixabay.com/photos/pot-steam-lid-hot-cooking-550482/>

Kein Haushalt soll mehr als 10% des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben müssen. Übersteigt die Prämienlast in der obligatorischen Grundversicherung diesen Schwellenwert, haben die betroffenen Haushalte Anspruch auf Prämienverbilligung. Das fordert eine Initiative der SP, über die wir am 9. Juni abstimmen. BastA! unterstützt dieses Anliegen.

In den vergangenen 20 Jahren haben sich die Krankenkassenprämien mehr als verdoppelt, während die Löhne und Renten im gleichen Zeitraum nur geringfügig gestiegen sind. Auch die Teuerung und die steigenden Mieten belasten die Haushaltsbudgets immer stärker. Trotz dieser besorgniserregenden Entwicklung geben

heute 18 Kantone prozentual weniger für Prämienentlastung aus als vor zehn Jahren. Die Krankenkassenprämien werden für viele Haushalte zu einem Armutsrisiko.

Pharma- und Krankenkassenlobby blockieren Massnahmen

Abhilfe schaffen könnten einkommensabhängige Krankenkassenprämien und eine Einheitskrankenkasse. Auch Massnahmen zur Eindämmung der Gesundheitskosten wären dringend, beispielsweise bezüglich der überhöhten Medikamentenpreise in der Schweiz. Aber bis solche Vorschläge mehrheitsfähig werden, kann es dauern. Zu stark ist die Lobby der Pharmakonzerne und der Krankenkassen, zu mächtig ihr Einfluss im Parlament.

weiter auf Seite 2

POST CH AG
Mutationen an:
Postfach 225
4005 Basel

AZB
CH-4005 Basel
P.P. / Journal



WISSENSCHAFTSFREIHEIT UNTER DRUCK



WAHLBEOBACHTUNG TÜRKEI: EIN SIEG TROTZ COUPS



WIR STARTEN IN DIE GROSSRATSWAHLEN

Bis 16. Juni
Fotausstellung Lichtblick im BelleVue, Breisacherstrasse 50
Mehr Infos: bellevue-fotografie.ch

23. Mai 19:00 Uhr
Mitgliederversammlung

30. Mai 19:00 Uhr
Diskussion «Frieden fördern, aber wie?» Cheesmeyer-Bistro, Hauptstrasse 55, Sissach

8. Juni ab 10:00 Uhr
Kongress against Bayer und Syngenta im Humbug

14. Juni
Feministischer und Frauenstreik

29. Juni
Basel tickt bunt

Ab 1. Juli :)
Sommerpause

6. September
Save the date: Wahlkampfauftakt

14. September
Lauf gegen Grenzen

20. September
Park(ing)day

MITGLIED WERDEN

Als Mitglied erhältst du unseren Newsletter und 4 Mal im Jahr das BastA!-Bulletin gratis nach Hause geschickt. Zudem hast du das Recht, an den Mitgliederversammlungen teilzunehmen, deine Meinung einzubringen und mitzubestimmen. Du erhältst auch jeweils eine Einladung zu den Koordinationssitzungen die bei BastA! grundsätzlich für alle Mitglieder offen sind.

Deinen Mitgliederbeitrag legst du selber fest, Richtgrösse ist 1% des Nettoeinkommens, der Minimalbeitrag beträgt Fr. 10.- pro Monat respektive Fr. 120.- pro Jahr.

<http://basta-bs.ch/mitglied>

IMPRESSUM

Nr. 02/2024

Redaktion: Franziska Stier, Martin Flückiger, Andreas Suter, Anne-Lise Hilty, Till Kleisli, Lukas Romer
 Layout & Bildredaktion: Franziska Stier

Auflage: 1200 Druck: Rumzeis Basel

Herausgeber: Förderverein BastA!, Rebgasse 1, Postfach, 4005 Basel
 E-Mail: sekretariat@basta-bs.ch

Telefon: 061 / 691 16 31

Konto: IBAN CH22 0900 0000 4003 1244 5

Initiative verspricht rasche Entlastung

Die Initiative der SP setzt bei der Prämienverbilligung an, wie wir sie heute schon für einkommensschwache Haushalte kennen. Allerdings weist die bisherige Regelung erhebliche Mängel auf und ist ungenügend. Die Ausgestaltung der Prämienverbilligungen ist von Kanton zu Kanton sehr unterschiedlich. Etliche Kantone schleichen sich aus der Verantwortung, um die Kantonsfinanzen zu schonen. Die Prämienentlastungsinitiative fordert eine schweizweit einheitliche Regelung, und es soll wesentlich mehr Geld in die Prämienverbilligung fliessen als bisher. Der Finanzierungsschlüssel sieht vor, dass die Kosten zu zwei Dritteln vom Bund und zu einem Drittel von den Kantonen getragen werden.

Mickriger indirekter Gegenvorschlag

Der indirekte Gegenvorschlag des Parlaments sieht vor, die Kantone auf einen Mindestbeitrag zur Prämienverbilligung zu verpflichten. Der ursprünglich vom Bundesrat und in erster Lesung auch vom Nationalrat verabschiedete Gegenvorschlag hätte über 2 Milliarden Franken mehr für Prämienverbilligungen vorgesehen. Dem hätte auch die Linke zustimmen können, und die SP wäre bereit gewesen, ihre Initiative zurückzuziehen. Doch der Ständerat hat die Vorlage derart verwässert, dass

weitgehend alles beim Alten bleibt. Gerade noch rund 320 Mio. Franken sollen zusätzlich in die Prämienverbilligung fliessen. Zum Vergleich: Bei der Initiative wären es schätzungsweise 3.2 Milliarden.

Nicht der Weisheit letzter Schluss

Die Prämienentlastungsinitiative löst längst nicht alle Probleme im Gesundheitswesen. Und die stossende Tatsache, dass Superreiche und Geringverdienende grundsätzlich genau gleich hohe Prämien entrichten, bleibt bestehen. Doch Familien und Haushalte mit kleinen bis mittleren Einkommen brauchen jetzt Entlastung und nicht erst am St. Nimmerleinstag, gerade auch im Kanton Basel-Stadt, der schweizweit die höchste Durchschnittsprämie aufweist. Die Prämienentlastungsinitiative ist rasch umsetzbar. Verhelfen wir ihr mit einem überzeugten Ja zum Durchbruch!



Martin Flückiger

VERANSTALTUNGSHINWEIS

Der «March against Bayer und Syngenta» geht neue Wege!



Am Samstag, 8. Juni 2024, organisieren wir den Kongress und Rave against Syngenta im Humbug! Von spannenden Updates über Syngenta, zu Austausch über den Widerstand gegen das Agrarbusiness, einer Auktion der «March»-Utensilien, bis hin zu einer fetten Party, wird für alle was dabei sein.

Seit 2015 auf der Strasse unter dem Namen «March against Monsanto» und später als «March against Bayer & Syngenta», schauen wir nun zurück und feiern ein letztes Mal in der aktuellen Konstellation.

Wann? 8. Juni 2024, 10:00– 01:00 Uhr
 Wo? Humbug, Klybeckstrasse 241, Basel
 Was? Kongress 10:00–18:00 und Party 20:30–01:00
 Mittagessen und Abendessen gibt's vor Ort!

marchagainstsyngenta.ch

GUT GEMEINT IST NOCH LANGE NICHT GUT GEMACHT – DIE KOSTENBREMSE-INITIATIVE ZIELT DANEBEN

Die Kostenbremse-Initiative der Mitte-Partei wird einen sehr schweren Stand haben. Die Initiative wird von kaum einer Partei mitgetragen und die ärztlichen und pflegerischen Berufsverbände lehnen ebenfalls und allesamt die Initiative ab. Auch der Bundesrat und das Bundesparlament lehnen die vorliegende Initiative ab und unterstützen den indirekten Gegenvorschlag, welcher die Anreiz-Elemente übernimmt – aber ohne den verpflichtenden Teil einer Kostenbremse.

Was will die Initiative?

Falls die Gesundheitskosten weiter wie bis anhin steigen und über einem Fünftel der Lohnentwicklung zu liegen kämen, würde die Möglichkeit einer Kostenbremse zum Tragen kommen. Der Bund soll mit den Kantonen, Krankenversicherungen und den Leistungserbringern Anreize schaffen, damit die Entwicklung der Gesundheitskosten auf dem Niveau der Lohnentwicklung zum Liegen kommen. Falls aber nach zwei Jahren oder bei Untätigkeit der Beteiligten die Kostenentwicklung die Löhne um 20% übersteigen, kommt die Kostenbremse zwingend zum Tragen. Der Bund würde dann die entsprechenden Massnahmen zur Senkung der Kosten treffen. Wie er das machen würde, bleibt jedoch völlig offen – und genau hier besteht das grosse Problem.

Gut gemeint ist, dass die Akteure im Gesundheitswesen, die üblicherweise vor allem auf ihren eignen Vorteil bedacht sind, vom Bund gesetzlich verpflichtet werden könnten, endliche konkrete Massnahmen einzuleiten, um die Gesundheitskosten zu senken. Das alleinige Anbieten von Anreizen hat bis anhin kaum zu tieferen Kosten geführt.

Schlecht gemacht ist, dass völlig offen und überhaupt nicht definiert ist, welche Massnahmen auf der Ebene des Krankenversicherungsgesetzes schlussendlich ergriffen werden würden. Die Gefahr ist gross, dass auf Kosten der Grundversorgung gespart werden wird und Leistungen der Grundversicherung abgebaut werden.

Zudem werden mit dieser Initiative die Gesundheitskosten an das Wirtschaftswachstum gekoppelt, was aus gemeinwohlorientierter Sicht nicht sinnvoll ist. Die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung



Quelle: pixabay, Tookapik
<https://pixabay.com/photos/dart-board-game-target-competition-933118/>

muss unabhängig vom Wirtschaftswachstum sichergestellt werden. Der grösste Kostenfaktor in den Spitälern und Kliniken sind die Personal- und Lohnkosten und hier kann aufgrund der Notwendigkeit der medizinischen Versorgung kein Abbau erfolgen. Es drohen sonst eine Zweiklassenmedizin und ein weiterer Anstieg der selbstgetragenen Gesundheitskosten.

Die Krankenkassen hätten mit dieser Regelung die Kostenbremse schon seit längerem umsetzen müssen und die Grundversorgung hätte bereits reduziert werden müssen. Dies hätte zur Folge gehabt, dass heute ein Teil der medizinischen Versorgung zu einem Privileg für Zusatzversicherten geworden wäre. Die Kostenbremse-Initiative berücksichtigt zudem nicht,

dass mit der zunehmenden Alterung der Bevölkerung und dem technischen Fortschritt die Gesundheitskosten ansteigen können.

Deshalb ein Nein zur unausgegorenen Kostenbremse-Initiative.



Oliver Bolliger, Grossrat BastA!,
Präsident GSK

ABSTIMMUNGSPAROLEN 9. JUNI 2024

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

JA zur Volksinitiative vom 23. Januar 2020 «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)» (BBI 2023 2285);

NEIN zur Volksinitiative vom 10. März 2020 «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)» (BBI 2023 2286);

NEIN zur Volksinitiative vom 16. Dezember 2021 «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» (BBI 2023 2287);

JA zum Bundesgesetz vom 29. September 2023 über eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien (Änderung des Energiegesetzes und des Stromversorgungsgesetzes) (BBI 2023 2301).

STROMGESETZ: JA, ABER...

Das Stromgesetz macht mich wütend. Das Stromgesetz fördert den dringend notwendigen Ausbau von erneuerbarem Strom. Gleichzeitig schwächt es den Gewässerschutz. National- und Ständerat ignorieren damit weiter, dass der ungebremste Verlust der Artenvielfalt die Lebensgrundlagen von uns Menschen genauso stark bedroht wie die Klimakrise.

Es braucht einen starken Ausbau bei den erneuerbaren Energien, um den Wegfall der uralten AKW zu ersetzen und den steigenden Strombedarf durch den Ersatz von Öl- und Gasheizungen sicherzustellen. Das Stromgesetz schreibt dafür verbindliche Ziele fest:

- Bis 2035 soll die Stromproduktion aus Sonne, Wind, Biomasse und Geothermie von heute rund 5 Terawattstunden auf mindestens 35 Terawattstunden erhöht werden.
- Die Wasserkraft soll bis 2035 pro Jahr durchschnittlich 37.9 Terawattstunden produzieren. Das ist etwas weniger als 2023 (41 TWh), aber viel mehr als im trockenen 2022 (31 TWh).
- Die Winterstromproduktion soll bis 2040 um mindestens 6 Terawattstunden erhöht werden.

Finanzielle Förderung und vereinfachte Verfahren

Mit dem Gesetz werden Solaranlagen auf Gebäuden durch eine schweizweit harmonisierte Mindest-Einspeisevergütung gefördert. Heute ist der Betrag, den man als Besitzer*in einer Solaranlage für den Strom bekommt, von Gemeinde zu Gemeinde unterschiedlich und teilweise sehr tief. Der Ausbau bei der Wasserkraft soll in erster Linie mit neuen Speicherwasserkraftwerken erreicht werden. Im Gesetz werden 16 konkrete Projekte festgeschrieben, für die erleichterte Planungsbedingungen gelten. Bei diesen Anlagen braucht es keine Nutzungsplanung mehr, sondern nur noch eine Konzession. Es ist von Kanton zu Kanton unterschiedlich, ob die Konzession vom Kanton (z. B. Kanton Bern) oder der Gemeinde (z. B. im Kanton Graubünden) erteilt wird. Je nachdem verlieren die Gemeinden durch diese Änderung an Einflussmöglichkeiten. An den Beschwerdemöglichkeiten durch Umweltverbände oder Private ändert sich aber nichts.

Schmerzhafter Eingriff in die Natur

Diese planerische Vereinfachung würde beispielsweise auch für einen Stausee unterhalb des schmelzenden Triftgletschers



Mem, Quelle: Facebook

im Berner Oberland mit seiner wertvollen alpinen Auenlandschaft gelten. Damit sind wir beim problematischen Teil des Stromgesetzes angelangt: Die Wasserkraft in der Schweiz ist eine ausgepresste Zitrone. Es gibt nur sehr wenige Projekte, bei denen ohne schmerzhaften Eingriff in die Natur mehr Strom produziert werden kann. Die im Stromgesetz festgeschriebenen Ausbauziele übersteigen das naturverträgliche Potenzial deutlich.

Auenschutz wird geschwächt

Das Stromgesetz weicht den Schutz nationaler Naturschutzgebiete auf. Neu wäre es möglich, das Wasser oberhalb von geschützten Auen in Speicherseen und Wasserkraftwerke abzuleiten. Für die Auen bleiben nur noch die sogenannten Restwassermengen, zu wenig um die Artenvielfalt zu erhalten. In Auengebieten unterhalb der abschmelzenden Gletscher könnten sogar direkt Staumauern und Wasserkraftwerke gebaut werden. Dabei sind diese Gebiete enorm wichtig für Arten, die durch die Klimaerhitzung ihren Lebensraum verlieren.

Keine Solardachpflicht – dafür Drohung neuer AKW

Die Bundesparlamente konnten sich nicht durchringen, eine Solardachpflicht für alle

neuen Gebäude einzuführen. Zudem gibt es keine Pflicht für die Umsetzung von Effizienzmassnahmen, wie beispielsweise den Ersatz von Elektroheizungen durch effizientere Wärmepumpen. Gleichzeitig droht die Atomlobby mit dem Endlosbetrieb des ältesten AKW der Welt (Beznau), dessen Reaktorbehälter immer spröder wird, und dem Bau neuer AKW, was nicht mal wirtschaftlich Sinn macht. Bei der aktuellen Ausrichtung der Schweizer Politik ist die Drohung «entweder ihr schluckt das Stromgesetz oder es gibt neue AKW» leider keine leere Drohung.

Entsprechend dem Beschluss der BastA! Mitgliederversammlung werde ich Ja zum Stromgesetz stimmen. Aber mit einer grossen Wut im Bauch über die rechts-bürgerliche Politik, die mir nur die Auswahl lässt zwischen ungebremsster Klimakrise, neuen AKW und der Zerstörung von Auengebieten, die für den Stopp des Artensterbens unersetzbar sind.



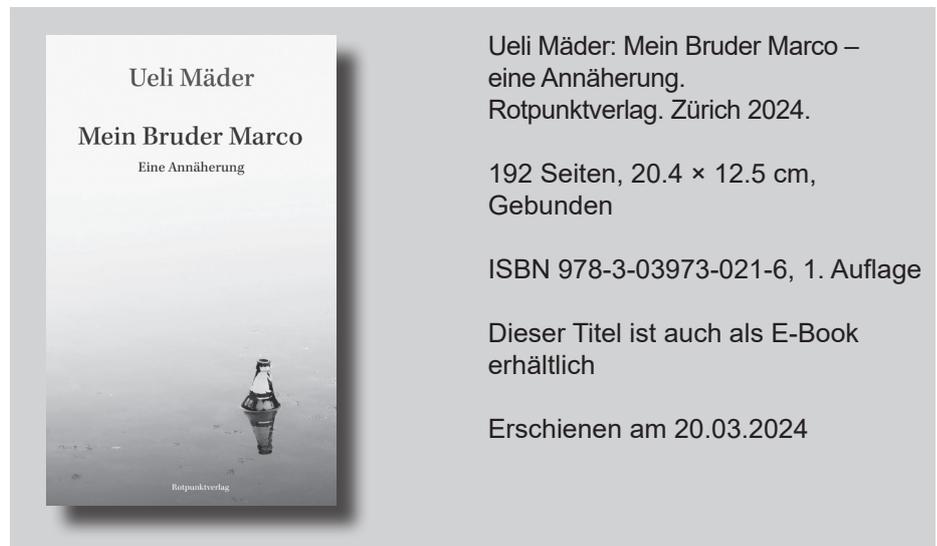
Tonja Zürcher

«MEIN BRUDER MARCO – EINE ANNÄHERUNG»

Der Soziologe Ueli Mäder hat das Leben seines Bruders aufgearbeitet und zugleich ein zeitgeschichtliches Mosaik verfasst. Immer im «Gespräch» mit Marco schildert er den familiären Hintergrund, die Beziehungen, die Wohnformen, das Dorfleben, den Alltag, die Lektüre ebenso wie die politischen Entwicklungen. Diese reichen von den Nachkriegsjahren, in die Marco hineingeboren wurde, bis in die Gegenwart. Das Buch ist weit mehr als die Biografie eines intelligenten, sportlichen, begabten und engagierten Mannes, der trotz guter Freund*innen und Familie dem Alkohol verfällt, bis keine Umkehr mehr möglich ist.

Ueli Mäder stand seinem vier Jahre älteren Bruder sehr nahe. Elf Jahre nach dessen Tod verabschiedet er sich von ihm mit diesem Buch in Form eines langen Briefes. Er nähert sich ihm in direkter Anrede: «Lieber Marco, Du verfehltest deinen 66. Geburtstag nur knapp...» So beginnt das Buch – mit dem Tod Marcos, dessen Leben am 20. April 1947 begonnen hat. Er war das vierte von sechs Kindern, ein Wunsch- und Sonntagskind. Die Mutter durfte nur die Grundschule besuchen und auch keine Lehre machen, sondern musste früh zum Familieneinkommen beitragen. Gerne wäre sie Lehrerin geworden. Doch später lektorierte sie Bücher für einen Verlag, schrieb Geschichten und rezensierte. Der Vater war unter anderem Metzger, Bähnler und schliesslich Alkoholfürsorger. Arbeitsbedingt zieht die Familie mehrmals um. Reich ist sie nicht. Jahrelang deckt der Lohn des Vaters nicht einmal das Existenzminimum.

Als die Mutter mit Ueli schwanger wird, weiss sie nicht, wie sie die Familie mit dem erneuten Zuwachs wird durchbringen können. Doch den Kindern mangelt es an nichts. Zwar schlafen die Buben zeitweise zu dritt in einem Bett, was Ueli Mäder als «zwar etwas eng, aber gemütlich» beschreibt. Alle erhalten eine gute Ausbildung. Marco studiert Theologie – nach eigener Aussage als gläubiger Atheist – und Sport, Ueli Soziologie, Philosophie und Psychologie. Wie schon der Vater sind auch die beiden Brüder äusserst sportlich. Wie der Vater sind auch die beiden Brüder äusserst sportlich. Als Handballer spielen sie zusammen in der Nationalliga. Marco trainiert das Juniorenteam und leitet eine Jugendgruppe des Blauen Kreuzes. Das Elternhaus ist ein lebendiger Ort. Oft sitzen auch Menschen am Tisch, die der Vater betreut. Später leben Ueli und Marco in einer WG, die unter anderem Straftatene und entwichene Heimzöglinge aufnimmt.



Ueli Mäder: Mein Bruder Marco – eine Annäherung.
Rotpunktverlag. Zürich 2024.

192 Seiten, 20,4 × 12,5 cm,
Gebunden

ISBN 978-3-03973-021-6, 1. Auflage

Dieser Titel ist auch als E-Book
erhältlich

Erschienen am 20.03.2024

Beide sind politisch interessiert und engagieren sich in der 68er-Bewegung, Ueli bei den Progressiven Organisationen (POCH), sein Bruder bei der Internationale der Kriegsdienstgegner (IDK). Marco solidarisiert sich mit der Bewegung gegen den Vietnamkrieg. Nach der Rekrutenschule verweigert er den Wiederholungskurs und wird zu mehreren Monaten Haft verurteilt. Immerhin werden ihm ethische Motive zugestanden. Seine Dienstverweigerung gibt nicht nur zu reden. Nach einer Veranstaltung wird Marco niedergeschlagen. Sein Bruder versteht nicht, dass er keine Anzeige gegen die Täter erstatten will und schreibt: «Deine Liebeshwürdigkeit in Ehren, aber deine Sanft-Mut geht mir zu weit.»

Marco schliesst sein Studium nicht ab. Statt an die letzte Vorprüfung zu gehen, bleibt er einfach in seiner Lieblingskneipe Hasenburg sitzen. Der Abschluss wäre für ihn ein Leichtes gewesen. Zudem haben ihm zwei Professoren angeboten, bei ihnen zu doktorieren. Marco jobbt, wird Sozialarbeiter und greift immer häufiger zur Flasche. Mit ein Grund, warum er schliesslich die Stelle verliert, obwohl er sehr beliebt ist und ihn sein Vorgesetzter lange deckt. Nach dem Tod des Vaters zieht Marco für viele Jahre zu seiner Mutter, kauft für sie ein und streift durch Wälder und Kneipen.

Nach etlichen Stürzen und Spitaleinweisungen folgt ein mehrmonatiger Entzug in einer psychiatrischen Klinik. Es besteht seit über 20 Jahren eine schwere Alkoholabhängigkeit, lautet die Diagnose. Im gleichen Jahr zieht die Mutter ins Altersheim, wo sie nach kurzer Zeit stirbt. Marco reagiert überraschend ruhig. Kurze Zeit nach dem Entzug lebt er etwas auf. Doch

er hat Krebs, der Alkohol ist zurück, sein Magen ist entzündet. So findet ihn der Tod.

Ueli Mäder hat das Buch aus Notizen, Tagebucheinträgen, Briefen, Reden, Fundstücken, Erinnerungen, Gesprächen und vielen Recherchen komponiert. Immer wieder schildert er die politischen Ereignisse, auch nach Marcos Tod. Oder er weist auf Bücher hin, die beide beeindruckt haben oder die Marco sofort bestellen würde, wenn er noch am Leben wäre. Das vorliegende Buch ist ein historischer Auszug, eine Anthologie, ein Treffpunkt mit spannenden Menschen, darunter – je nach Jahrgang der Lesenden – alte Bekannte.

«Du bist mein älterer Bruder, warst mein Vorbild, standest mir lange am nächsten und bist mir heute noch sehr nah. Aber was hat sich bei dir, bei uns und im gesellschaftlichen Umfeld verändert. Das versuche ich mir zu vergegenwärtigen und zu verstehen.» Auch seinen Leserinnen und Lesern vergegenwärtigt Ueli Mäder die vergangenen Jahrzehnte, geknüpft an eine persönliche Geschichte, die uns auch einen emotionalen Zugang ermöglicht. Herzlichen Dank für dieses Buch.



Anne-Lise Hilty

WISSENSCHAFTSFREIHEIT UNTER DRUCK

Universitäten und andere Forschungseinrichtungen müssen unabhängig von politischer oder medialer Beeinflussung auch kritische Fragen stellen und beantworten können. Was in einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein müsste, muss immer wieder verteidigt werden. Auch jetzt im Zusammenhang mit dem Nahost-Krieg.

Der Angriff der Hamas auf israelische Zivilist*innen und die Kriegsoffensive der israelischen Armee auf die palästinensische Bevölkerung führt in eine menschliche Katastrophe. Zehntausende Menschen wurden getötet, Hunderttausende hungern und haben keinen Zugang zu genügend Trinkwasser, Menschen auf beiden Seiten der Grenze trauern um getötete und entführte Angehörige. Die Eskalation der Gewalt beschleunigt die gegenseitige Entmenschlichung, die auch vor der Schweiz nicht Halt macht. Die Angst vor politischen und medialen Angriffen ist so gross, dass sich viele Menschen nicht mehr öffentlich zum Nahost-Krieg äussern. Personen, die sich mit den Hintergründen und möglichen Lösungsansätzen für Palästina und Israel beschäftigen, stehen massiv unter Druck. Das gilt für die Politik genauso wie für die Wissenschaft – und ganz besonders da, wo sich Politik und Wissenschaft treffen.

Friedensforschung abgestraft

Mitte Dezember hatte der Baselbieter Landrat entschieden, die Friedensforschung der Schweizerischen Friedensstiftung Swisspeace nicht zu unterstützen. Begründet wurde dies mit Aussagen von Swisspeace-Direktor Laurent Goetschel zum Nahost-Krieg. Goetschel hatte sich im «SRF Club» kritisch zu einem Hamas-Verbot in der Schweiz geäussert und ein «Ein-Staaten-Modell» als mögliche Lösung im Nahostkonflikt in die Debatte eingebracht. Auch die Universität Basel und insbesondere die Urban Studies stehen unter grossem medialem und politischem Druck. Die akademische Integrität von Forschenden wird infrage gestellt, wenn ihre Forschung politisch unpopuläre Themen behandelt. Die Gefahr ist gross, dass auf unkritischere Themen ausgewichen wird und damit eine (Selbst-)Zensur einhergeht. Zudem besteht die grosse Sorge, dass in kritischen Wissenschaften gespart werden soll oder sie auf weniger kritische Themenfelder ausgerichtet werden sollen. Studierende der betroffenen Fächer haben Zukunftsangst da unklar ist, ob nach Ende der Finanzierungsperiode das Fach noch bestehen wird.



Quelle: pixabay, Publicdomainpictures
<https://pixabay.com/photos/art-attachment-background-boat-89198/>

Wie steht die Basler Regierung zur Wissenschaftsfreiheit?

Ich habe den Regierungsrat deshalb mit einer Interpellation gefragt, welche Bedeutung für ihn die Wissenschaftsfreiheit hat, wie er die politische Einflussnahme auf Forschung und Lehre beurteilt und was er zum Schutz der Forschenden und Studierenden unternimmt, wenn diese aufgrund ihrer Forschung medialem und politischem Druck ausgesetzt werden.

Der Regierungsrat hat sich in der Antwort hinter die Wissenschaftsfreiheit gestellt und sie als unverzichtbar für eine lebendige Demokratie und eine offene Gesellschaft bezeichnet. Er sieht in den von ihm als «öffentliche Debatte» bezeichneten politischen und medialen Angriffen auf universitäre Fachbereiche jedoch keine «ungerechtfertigten Eingriffe in die Wissenschaftsfreiheit». Das mag juristisch vielleicht so sein, in der Praxis sieht es aber anders aus. Wenn aufgrund des politisch-medialen Drucks Gelder für Forschungseinrichtungen wie Swisspeace gestrichen, universitäre Institute umstrukturiert oder ganz geschlossen werden, ist die Wissenschaftsfreiheit direkt betroffen.

Kritische Wissenschaft unter Druck

Fachrichtungen, die sich kritisch mit aktuellen Machtverhältnissen auseinandersetzen, sind besonders gefährdet. Umso wichtiger ist es, dass sie von der Universitätsleitung und vom Regierungsrat Rückendeckung bekommen. Dabei hat die Universitätsleitung bei der aktuellen Kampagne gegen die Urban Studies – wie auch schon bei früheren gegen die Gender Studies – versagt. Anstatt sich mit den Theorien und Methoden des kritisierten Instituts auseinander zu setzen und sich für dessen

Autonomie einzusetzen, hat sich Rektorin Andrea Schenker-Wicki in einem Interview dem Angriff eines Kampagnenjournalisten angeschlossen und Postkolonialismus als Ideologie bezeichnet, die keinerlei Grautöne zulasse. Trotz eines offenen Briefs von Studierenden der Philosophisch-Historischen Fakultät, hat sie sich bis heute weder für ihre Aussage entschuldigt, noch erklärt, weshalb sie eine wissenschaftliche Disziplin als Ideologie brandmarkt. Umso wichtiger wäre deshalb ein klares Bekenntnis des Regierungsrats zur Wissenschaftsfreiheit. Und zwar nicht nur im abstrakten, theoretischen Sinn, sondern auch in der konkreten Situation. Es ist zu hoffen, dass der neue Erziehungsdirektor Mustafa Atici mehr Mut zeigt als Conradin Cramer.

Kritische Wissenschaft unter Spardruck

Die Universität ist von den Kantonen finanziert, also trotz der verfassungsmässigen Wissenschaftsfreiheit abhängig von der Politik. Die Gefahr ist real, dass aufgrund politisch-medialer Kampagnen Gelder gekürzt werden. So wird im Kanton Baselland bereits wieder über eine Kündigung des Uni-Vertrags diskutiert. Zwar wird das mit den – nach Steuersenkungen – roten Zahlen begründet. Es ist aber nicht unwahrscheinlich, dass man sich dadurch auch erhofft, kritische Institute wie die Urban Studies oder die Gender Studies zurückzubinden.

Es ist unsere Aufgabe, uns für die Unabhängigkeit von Forschung und Lehre einzusetzen und auch dafür, dass sich Studierende und Uni-Mitarbeitende politisch äussern können, ohne negative Konsequenzen befürchten zu müssen.

Tonja Zürcher, Grossrätin BastA!

POST-CORONA-GESELLSCHAFT

Am 9. Juni 2024 kommt eine weitere Volksinitiative zur Gesundheitspolitik zur Abstimmung.

Die von Impfskeptiker*innen eingereichte Volksinitiative «Für Freiheit und körperliche Unversehrtheit» bekämpft eine etwaige Impfpflicht und verlangt, dass Ungeimpfte keine beruflichen oder sozialen Nachteile erfahren dürfen.

Das Begehren fordert eine Ergänzung der Verfassung, sie soll neben Impfstoffen auch für implantierte Chips oder andere digitale Informationen im Körper gelten. Im Nationalrat erhielt die Initiative lediglich Unterstützung aus der SVP.

Hinter der Initiative steht die Freiheitliche Bewegung Schweiz (FBS), eine national-konservative Bewegung mit losen Verbindungen zur Neuen Rechten.

Die Bewegung versucht die Hoheit über die Corona-Debatte zu erlangen. Sie will eine persönliche Freiheit ohne Geschwisterlichkeit und Gleichheit.

Diese unumschränkte persönliche Souveränität ist eine Bedrohung für eine Gesellschaft mit globaler, sozialer und intergenerationeller Verantwortung.

Doch hat die Schweiz während der Corona-Pandemie diese Verantwortung wahrgenommen?

Aus linker Sicht hat Lukas Bärfuss immer wieder Stellung genommen. Er schrieb

während der Pandemie: das Kapital hat nichts zu befürchten, der Mensch schon.

Auch Public Eye kritisierte öffentlich die Schweiz und andere reiche Länder für ihre masslose Bestellung von Covid-19-Impfdosen. Nur Kanada und Australien hatten pro Kopf der Bevölkerung noch mehr als die Schweiz bestellt.

Die Verhandlungsmacht der Pharmaindustrie hatte auch dafür gesorgt, dass ohne ihre Einwilligung keine der gekauften Impfdosen weiterverkauft oder verschenkt werden durfte. So musste die Schweiz aufgrund des Ablaufdatums über 11 Millionen Impfdosen vernichten. Weltweit wurden schätzungsweise 1,4 Milliarden Impfdosen vergeudet.

Die Rettung der Fluggesellschaften Swiss und Edelweiss mit Milliardenkrediten erfolgte ohne jede Klima-Auflage. Der Klimastreik wagte sich auf die Strasse, um dagegen zu protestieren.

Die Corona-Zeit ist wohl an keinem Kind oder Jugendlichen spurlos vorbeigegangen. Für sie ist das Zusammensein mit Gleichaltrigen nicht nur ein Zeitvertreib. Es ist essenziell für ihre persönliche Entwicklung und ihre Identitätsfindung.

Beengte Wohnverhältnisse und prekäre finanzielle Situationen verschärften noch das entstehende Defizit.

Tausende von Jugendlichen verpassten nach dem letzten Lehrjahr den Berufsein-

stieg und wurden arbeitslos. Das Leben einer ganzen Generation wurde beeinträchtigt.

Zur Aufarbeitung der Corona-Pandemie gehört auch eine sorgfältige Abklärung von allfälligen Impfschäden. Doch im Gegensatz zu Deutschland, wo eine offen kommunizierte Überprüfung stattfindet, hüllen sich die Schweizer Behörden in Schweigen, was für Betroffene schwer erträglich ist. Deutschland hat bisher Hunderte von Gesuchen für Schadenersatz gutgeheissen, die Schweiz noch kein **einziges**.

Zurück zur Initiative:

Die Corona-Krise hat Menschen mit wenig Geld generell viel härter getroffen. Ungleichheiten sind verstärkt worden. Auch weltweit. Eine Post-Corona-Gesellschaft braucht nicht den toxischen und lautstarken Protest von rechts, **sondern weiterhin eine kritische Debatte von links**.



Andreas Suter

INTERNATIONALES

NEUE LINKE KRÄFTE IN MITTEL- UND OSTEUROPA

Polen – ein Blick zurück

Es war ein Aufatmen innerhalb der polnischen Gesellschaft zu spüren, als am 15. Oktober 2023 die ersten Hochrechnungen der Parlamentswahlen veröffentlicht wurden. Das Ende der rechten, teils korrupten PiS-Regierung war deutlich zu sehen. Ein Teil des politischen Spektrums der damaligen Opposition genoss jedoch die Hochrechnungen und das später erfolgende Wahlergebnis mit Vorsicht und Misstrauen – es handelt sich hier um die linke Partei «Razem». Diese Partei wurde 2015 gegründet, um all denen eine Stimme zu geben, die mit der neoliberalen und konservativen Politik Donald Tusks (Bürger-

koalition) nicht einverstanden waren. Auch die PiS war für soziale Reformen, weshalb sie vor allem unter der älteren und konservativen Wählerschaft sehr populär ist.

Die Linke in Mitteleuropa: ein anderes historisches Erbe

In vielen mitteleuropäischen Ländern gründeten sich in der Wende neue, sogenannte postkommunistische Parteien. Diese nahmen in den jeweiligen Ländern völlig unterschiedliche Entwicklungsläufe. In Polen war dies lange Zeit die SLD (Bündnis der Demokratischen Linken) – eine sozialdemokratische Partei. In ihren Reihen fanden viele Mitglieder der ehemaligen kommu-

nistischen Partei ihren Platz. Die SLD war mehrmals nach der Wende in der Regierung. Besonders schadenen ihr die Sparpolitik Leszek Millers, die in Vorbereitung auf den EU-Beitritt eingeführt wurde. Zudem gab es mehrere Korruptionsskandale, durch welche die SLD bei den Wahlen 2005 nur noch 11,31% erreichen konnte. Bei den Parlamentswahlen 2015 schaffte es erstmals keine linke Partei ins polnische Parlament. 2019 gelang es der SLD dann, im breiten Bündnis namens «Lewica», wieder ins Parlament zu kommen. Im Jahr 2021 wechselte die SLD nach ihrer Fusion mit Wiosna ihren Namen in «Nowa Lewica».

Erstarkende Rechte

Schon 2005–2007 gab es eine Regierung mit der PiS und anderen rechten Parteien. Nach den zwei Amtszeiten der Regierungskoalition PO-PSL unter Tusk konnte die PiS 2015 die Wahlen gewinnen. Ihr Wahlversprechen war u.a. die Einführung des Kindergeldes «500+». Zudem konnte sie mit konservativen und rechtspopulistischen Parolen punkten. Neben ihr existiert ausserdem noch das rechtsextreme Bündnis Konfederacja, welches bis jetzt immer in der Opposition war. Die polnische Rechte hatte in den vergangenen 35 Jahren viele Gesichter. Sie hing immer in gewisser Weise mit der katholischen Kirche zusammen und vertrat oft deren Interessen. Wie weit das Geflecht zwischen der Kirche, den staatlichen Institutionen, einigen Medien und der PiS gereicht hat, wird sich erst im Laufe der nächsten Jahre herausstellen. Aktuell widmen sich spezielle Untersuchungskommissionen dieser speziellen Art der Aufarbeitung.

Akute Kriegsbedrohung

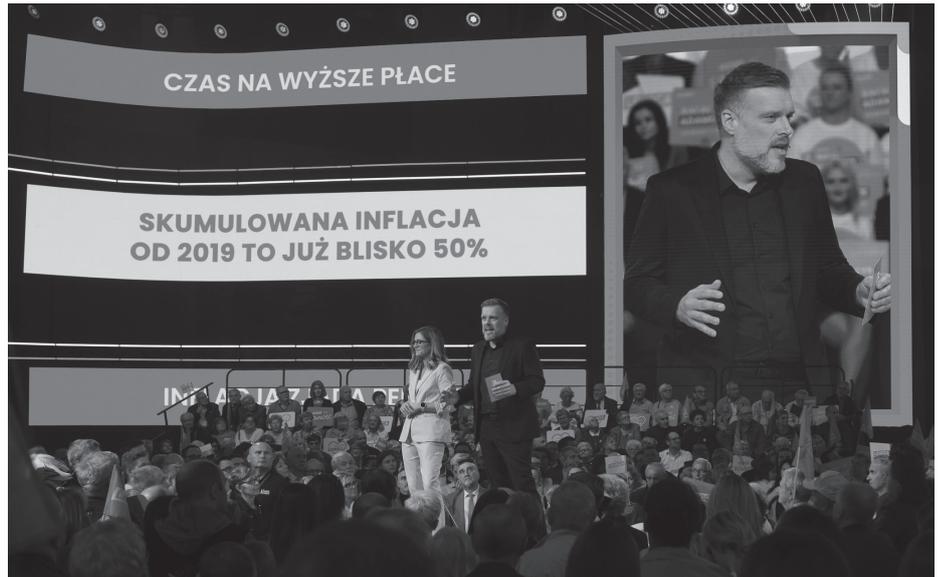
Die Kriegsbedrohung wird in Polen und anderen Ländern in Mitteleuropa stärker wahrgenommen, da der Ukrainekrieg in unmittelbarer Nachbarschaft stattfindet und Russland historisch gesehen oft die Rolle des Aggressors gespielt hat. Zudem wurde seit Beginn des Angriffs auf die Ukraine vermehrt der polnische Luftraum verletzt.

Ausbeutung durch Westen

Schon im Jahr 1989 erarbeiteten Ökonomen und Politiker einen Plan für die schnelle Transformation. Dieser Plan, auch Balcerowicz-Plan genannt, sah unter anderem die schnelle Liquidierung von nicht rentablen Staatsunternehmen vor und vereinfachte gleichzeitig privaten Unternehmen, die es in Polen leichter haben sollten, ihre Gewinne ins Ausland zu verschieben. Das führte mitunter zur Ruinierung eines bedeutenden Teils der Industrie. Einhergehend damit stieg die Arbeitslosenquote rasant an, was der schlecht bezahlten Schwarzarbeit im Ausland den idealen Nährboden gab. Arbeitslosigkeit, prekäre Arbeitsverhältnisse, eine Linke, die wegen ihrer vergangenen Korruptionsskandale und ihrer neoliberalen Wirtschaftspolitik unwählbar wurde sowie die neoliberale und konservative Politik der Bürgerplattform von Donald Tusk – das alles führte zur Gründung der linken Partei Razem.

Geflüchtete als Druckmittel

Aleksander Lukaschenko setzt Geflüchtete als Druckmittel an der EU-Aussengrenze ein. Sowohl PiS als auch PO (von Donald Tusk) haben kein Problem mit illegalen Pushbacks. Im Bündnis Lewica



Auf der Bühne Magdalena Biejat und Adrian Zandberg, Vorsitzende von Razem.
Foto: Łukasz Kacperski.

ist man sich einig, dass die Pushbacks aufhören müssen und an ihrer Stelle normale Asylverfahren eingeführt werden müssen. Die an die Ukraine grenzenden Länder haben seit Beginn des russischen Einmarschs einen grossen Teil der ukrainischen Geflüchteten bei sich aufgenommen. In Polen arbeiten viele Ukrainerinnen und Ukrainer im Dienstleistungsbereich (in Restaurants, Supermärkten und Hotels).

Razem heisst auf Deutsch übersetzt «gemeinsam». Die Partei setzt sich für linke Wirtschaftspolitik, soziale Gerechtigkeit, Klimaschutz und Solidarität mit der Ukraine ein. Im Gegensatz zur sozialdemokratischen Partei «Nowa Lewica» handelt es sich nicht um eine postkommunistische Partei. Zudem hatte Razem noch nie Regierungsverantwortung auf Landesebene. Im Wahlbündnis «Lewica», in welchem die sozialdemokratische Partei «Nowa Lewica» der wichtigste Akteur ist, war es Razem, die das ganze Bündnis nach links gerückt hat und wesentlichen Einfluss auf das Programm hatte. Während das Bündnis an sich bei der letzten Wahl leichte Verluste erlitt, konnte Razem mehr Abgeordnete als 2019 ins Parlament bringen. Aktuell wird die Partei durch 7 Abgeordnete im Sejm und zwei im Senat vertreten. Seit der letzten Parlamentswahl ist die Partei in der ungewöhnlichen Situation, weiterhin Partner der Nowa Lewica im parlamentarischen Klub «Lewica» zu sein, hat gleichzeitig aber – im Gegensatz zur Nowa Lewica – keine Regierungsverantwortung zu tragen. Konkret bedeutet das, dass Razem Oppositionsarbeit leistet, ohne dabei dem Bündnispartner Nowa Lewica zu schaden.

Rumänien

Die politische Lage in Rumänien weist gewisse Parallelen zur Lage in Polen vor den Wahlen auf. Dort ist es die postkommunistische sozialdemokratische Partei, die PSD, welche zusammen mit den Liberalen das Land regiert. Lange Zeit gab es keine Partei links der PSD, bis sich 2018 die demokratisch sozialistische Partei Demos gründete. Ihre Entstehung ist eine Antwort auf unsoziale Reformen, Korruption und das Erstarken der Rechten. Ihre Aufgaben innerhalb Rumäniens sind gewaltigen Ausmasses – es geht um nichts weniger, als der linken Wähler*innenschaft eine Alternative zum korrupten System zu bieten. Es geht darum, die Armut und Ungleichheit zu bekämpfen und dafür zu sorgen, dass das Land funktioniert. Dabei hat Demos einen Vorteil – die Partei wird weder mit der kommunistischen Vergangenheit, noch mit dem Status quo in Verbindung gebracht.

Das internationale Bündnis

Auch in Tschechien, Litauen, Ungarn und der Ukraine haben sich in den letzten acht Jahren neue linke Parteien gegründet. Seit Kurzem sind diese Parteien im Bündnis CEEGLA vereint. CEEGLA steht für «Central-Eastern European Green Left Alliance» (Zentral-Osteuropäische links-grüne Allianz). Mitgliedsparteien sind Razem (Polen), Budoucnost (Tschechien), Szikra (Ungarn), Demos (Rumänien), Socjalny Ruch (Ukraine) und Kartu (Litauen). All diese Parteien eint ihre kurze Geschichte, die erst nach der Finanzkrise ihren Lauf nahm. Im internationalen Bündnis setzen sie sich für einen starken Sozialstaat, Klimagerechtigkeit, Klimaschutz, Mitbestimmung der Beschäftigten, Antiimperialismus, mehr Demokratie und ein Ende der Oligar-

chie ein. Dabei sehen sie sich als moderne Linke, die weder eine korrupte oder neo-liberale Vergangenheit haben, noch in politische Nostalgie verfallen und die Lage in der Ukraine und Russland verkennen. Eine weitere Besonderheit besteht darin, dass im Bündnis eine linke Partei aus der Ukraine, Socialny Ruch, ist. Dadurch wird nicht über die Ukraine, sondern in gewisser Weise mit der Ukraine geredet. Daraus resultiert ein eindeutiger Standpunkt der Solidarität mit der Ukraine. Das Bündnis spricht sich nicht nur für umfangreiche Hilfen in Form von Hilfsgütern, sondern auch von Waffen aus, um die Unabhängigkeit der Ukraine wiederherzustellen. Laut Generalsekretär von Demos, Claudiu Craciun ist es Konsens im Bündnis, die Führung Russlands als faschistisch und imperialistisch zu verurteilen. Auch die Mitgliedsparteien im Moment aus Gründen der Sicherheit als notwendig an. Besonders bei wirtschaftlichen und sozialen Fragen ist man sich bewusst, dass ein Austausch mit anderen linken Parteien aus Mittel- und Westeuropa wichtig ist. Marin Björk, Europaabgeordnete aus The Left, nahm bereits Anfang Januar an einer Konferenz von CEEGLA in Warschau teil und auch auf anderen Ebenen besteht ein gewisser Austausch. Dieser Austausch ist im Prinzip essenziell, da multinationale Grosskonzerne überall bestrebt sind, Mensch und Natur auszubeuten, weshalb man ihnen nur geeint entgegentreten kann.



Konrad Nülken

Foto: Łukasz Kacperski.

Der Autor studiert derzeit in Katowice an der Politechnika Śląska (Technische Universität Schlesien) Bahntransportwesen.

Er ist Sympathisant der polnischen Linkspartei Razem. Sein Thema ist der öffentliche Personenverkehr sowie die Bahninfrastruktur. Während des Wahlkampfes für die polnischen Parlamentswahlen lernte er viele Menschen aus dem linken Spektrum in Polen kennen.

Nülken ist zudem Mitglied bei DIE LINKE und beim Verein «Spójnik».

WAHLBEOBACHTUNG TÜRKEI: EIN SIEG TROTZ COUPS



Parteimeeting der DEM-Partei in Van/Wan am 1. April 2024 (nach den Wahlen)

Vom 28. März bis 4. April nahm Basta! auf Einladung des Co-Präsidiums der DEM-Partei an der Beobachtung der Kommunalwahlen im Südosten der Türkei teil. Bei diesen Wahlen verbuchte die Opposition landesweit von Istanbul bis Van einen Sieg.

Während im Westen die CHP enorm zulegen konnte, war die Siegerin im Südosten, den kurdischen Gebieten, die DEM. Mehrere negative Trends kennzeichneten die aktuelle Entwicklung: Die international kritisierte Aushöhlung der Demokratie, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen für die grosse Mehrheit, die illegale Aggression und Besetzung von Teilen Syriens und des Irak sowie die zunehmende Instabilität auf internationaler, regionaler und lokaler Ebene bildeten den Hintergrund für die Wahlen. In den mehrheitlich kurdisch besiedelten Gebieten im Südosten hat sich die Situation innerhalb der Türkei am negativsten entwickelt. Nach den Kommunalwahlen im Jahr 2019 wurden viele demokratisch gewählte BürgermeisterInnen von den Zentralbehörden abgesetzt und durch AKP-nahe Treuhänder ersetzt. Viele Politiker*innen und politische Aktivist*innen wurden inhaftiert und anderweitig verfolgt. Wir waren Teil einer internationalen Wahlbeobachtungsdelegation von rund 125 Menschen und beobachteten die Situation in den östlichen Kantonen Van, Iğdır und Ağrı.

Hoffnungsvolle Stimmung in Van

In den Tagen vor der Wahl herrschte Aufbruchstimmung in der Stadt. Wir beobachteten, wie das Leben nach dem Iftar

(Fastenbrechen) in vollem Gange war. Wahlkampfbusse, aus denen traditionelle Musik erklang, fuhren vorbei. Die Parteitreffen glichen eher einem Festival oder einer Kundgebung als einem Parteitreffen, wie wir sie kennen. Tausende strömten zu den Versammlungsplätzen, hörten die Reden der Kandidierenden und feierten. Auch wir nahmen an diesen Treffen teil. Auf dem Weg dorthin trafen wir jeweils auf Wasserwerfer und Panzerfahrzeuge sowie zahlreiche Polizeikontrollen. Am Einlass wurden unsere Ausweise lange kontrolliert und jeweils ab fotografiert. So war die Möglichkeit zur Repression zwar präsent, doch im Bad der Menge verflohen alle Gedanken daran. Auch der Co-Präsident der DEM in Van, Veysi Dilekçi, gab sich im Gespräch zuversichtlich. Er erwartete für den Wahlsonntag in Van keine grösseren Probleme, doch gab er uns mit, dass für die kurdische Bevölkerung viel davon abhängt, wie sich westliche Staaten gegenüber der Türkei verhalten. Von der EU-Politik erwartet er, dass sie stärker darauf achtet, dass die Türkei internationale Gesetze einhält, anstatt kurdische Politiker*innen zu inhaftieren oder gewählte Abgeordnete durch Zwangsverwalter zu ersetzen. Er kritisiert, dass sich Europa mit dem EU-Migrationspakt erpressbar gemacht hat. Gleichzeitig braucht die Türkei die Annäherung an die EU und er erwartet von den EU-Staaten, dass sie die türkische Regierung dazu drängen, internationale Gerichtsurteile (bspw. EGMR) anzuwenden. Auf Nachfrage zum Problem der Zwangsverwaltungen erklärt Herr Dilekçi, dass die Kayyum (Zwangsverwalter) nicht der Kern des Problems seien, sondern ein Ausdruck der

Unterdrückung und der Doppelstandards. Nur eine gesunde, demokratische Gesellschaft, wie sie in Rojava existiert, könne die Probleme wirklich lösen.

Stimmungswechsel in Iğdır

Ein Teil unserer Delegation reiste nach Iğdır. Die Ausgangslage hier war eine völlig andere. Bei den letzten Wahlen gewann zwar die HDP (Vorgängerpartei der DEM), doch dicht gefolgt mit 46% von der MHP, dem rechts-radikalen Koalitionspartner der AKP-Regierung. Vor Ort trafen wir den DEM-Co-Präsidenten der Provinz Mehmet Selçuk, der uns herzlich empfing und uns in die Problemlage einwies. Er berichtete, dass rund 7000 Soldaten und Polizisten für die Wahlen in der Region registriert wurden. Das waren je nach Bezirk bis zu 10% der Stimmen. Auch wurde uns hier von Bestechungsversuchen berichtet. Menschenrechtsorganisationen informierten uns darüber, dass in Regionen, in denen der Anteil kurdischer Wähler*innen besonders hoch ist, 5000 Lira versprochen wurden, wenn sie anstatt zu wählen, die Stimmzettel abgeben und die Wahlcouverts leer einwerfen. Überprüfen konnten wir das nicht. Die Stimmung in Iğdır war am Vorabend der Wahlen sehr angespannt. Es war Ramadan und die Restaurants waren voll – aber weniger mit Anwohner*innen, sondern vorwiegend gefüllt mit Militärs – nicht wenige von ihnen bewaffnet. Die Bevölkerung wusste, weshalb Tausende Soldaten in ihrer Stadt waren. Während des Essens nahmen um uns herum Faschisten Platz und beobachteten uns. Die Situation war gelinde gesagt: unangenehm.

Der Wahltag – 1. Coup

Die Wahlbeobachtung verlief für unsere beiden Gruppen verschieden. Die Gruppe, die im Süden Vans Dörfer beobachtete, hatte im Regelfall Zutritt zu den Schulen und konnte mit den Wahlkommissionen sprechen. Zwar waren Soldaten an den Schulen, doch schien sich daran kaum jemand zu stören und die Stimmung war vorwiegend entspannt.



Parteimeeting der DEM am 29. März 2024 (vor den Wahlen). Die Kandidierenden präsentieren sich auf der Bühne. (Fotos: Franziska Stier)

Vollkommen anders sah es in Iğdır und Ağrı aus. Es gab keine Schule ohne Polizei – im Regelfall waren auch bewaffnete Polizisten dabei. Besonders am Morgen war die Stimmung angespannt, weil zu dieser Zeit auch die Soldaten – teils in Zivil, teils uniformiert auf den Schulgeländen waren. Ein Teil war dort zum Schlafen untergebracht worden ein anderer, um zu wählen. Die Polizei kontrollierte stets unsere Ausweise, verschickte Fotos in Chats und liess prüfen, ob wir akkreditierte Wahlbeobachter*innen wären. Anschliessend forderten sie uns auf, das Schulgelände zu verlassen. An einer der Schulen zählten wir 10 Busse und drei Vans, die Soldaten zum Wahllokal transportierten. So beobachteten wir von ausserhalb, was schwarz auf weiss in den Wahllisten steht. In verschiedenen Regierungsgebäuden wie dem Polizeipräsidium oder einem im Bau befindlichen Gebäude wurden im Vorfeld der Wahlen Hunderte Männer zwischen 20 und 30 Jahren angemeldet. Eine solche Liste für Iğdır liegt uns vor. Die DEM spricht gesamthaft von 46 901 transferierten Personen für den gesamten Südosten.

Diese neu registrierten Wähler nächtigten häufig in Universitäten oder Schulen, die wenige Tage zuvor für die Unterbringung der Soldaten geräumt worden waren.

Gegen Mittag brachen wir nach Ağrı auf. Auch hier sprachen wir mit dem Co-Präsidium der DEM-Partei. Die Themen waren die gleichen: Tausende Soldaten und Polizisten, die zum Wählen in die Region geschickt wurden. Auch hier schickte uns die Polizei stets wieder weg. Besonders eindrücklich war der Besuch einer Schule in einem eher armen Viertel. Hier bewachte bewaffnetes Militär inklusive Panzerfahrzeug den Schulhofeingang. Auf dem Hof befand sich eine bewaffnete Spezialeinheit und weitere «normale» Polizisten. Es waren ähnlich viele Sicherheitskräfte wie Wählende auf dem Gelände. Surreal wirkte auf uns, dass auch einige Kinder auf dem Schulhof spielten – mit DEM-Fahnen. Trotz dieses enormen Wählertransfers aus dem Westen der Türkei gewann die DEM die Wahlen in den beiden Regionen. Viele Menschen waren wütend, dass sie auf diese Weise um ihren Willen betrogen werden sollten. Sirri Sakik, ehemaliger Bürgermeister von Ağrı erklärte in einem Interview, dass Ankara die kurdischen Regionen als Kolonie betrachtet und den Willen der kurdischen Bevölkerung bestimmen will. Doch Ağrı habe auf diesen Usurptionsversuch eine klare Antwort gegeben. «Trotz allem haben die Kurd*innen immer an einen demokratischen Weg geglaubt. Gerade deshalb ist es wichtig, dass Ankara mit den Kurden Frieden schliesst und den Willen der kurdischen Bevölkerung respektiert.» In den meisten Städten und Provinzen im Südosten der Türkei konnte die DEM die Wahlen gewinnen.



Angehörige des Militärs betreten ein Schulgelände.

Zurück in Van – der 2. Coup

Gegen 21 Uhr erreichten wir Van. Freude



Eine Schule in Ağrı am Wahlsonntag. Die Schulen dienen als Wahllokale. Vor dem Schulhof befand sich Militär (rechts), auf dem Schulhof zudem Bereitschaftspolizei. Gleichzeitig spielten die Kinder mit den DEM-Fahnen auf dem Schulhof.



herrschte über den Ausgang der Wahlen in der Stadt. Autocorsos und feiernde Menschen bevölkerten die Strassen. Der Co-Kandidat der DEM, Abdullah Zeydan, wurde mit 55 Prozent der Stimmen gewählt. Vor allem junge Leute waren unterwegs. An verschiedenen Orten trafen wir auch auf Spezialeinheiten der Polizei. Die Stadt roch nach Tränengas. Am selben Abend gab es eine Pressekonferenz. Die Wahlfeier sollte jedoch erst am Montagnachmittag stattfinden. Zu diesem Zeitpunkt ahnte noch niemand etwas von dem bevorstehenden Coup: Ein Gericht entzog Abdullah Zeydan seine politischen Rechte und die Wahlkommission ernannte den AKP-Kandidaten, der etwa 27% der Stimmen erhielt, zum Wahlsieger. Während die DEM-Partei gerichtlich gegen diesen Putsch vorging, gingen gleichzeitig Tausende Menschen auf die Strasse, um zu verhindern, dass ihre Stimmen erneut gestohlen werden. Die Wut war gross. Der Staat reagierte mit einem enormen Aufgebot an Polizei. Wasserwerfer schossen in die Seitenstrassen. Entlang der Hauptstrasse wurden zahlreiche Tränengasgranaten abgefeuert. Auch Gummigeschosse wurden eingesetzt. Zumeist Jugendliche antworteten auf die gepanzerten Wasserwerfer mit Steinen. In der Nacht standen, soweit wir sehen konnten, an jeder Kreuzung Busse mit Polizist*innen. Im Laufe des Tages schlossen sich auch andere Städte den Protesten zugunsten von Abdullah Zeydan an. In verschiedenen Provinzen von Istanbul bis Hakkari wurden fast 500 Bürger*innen festgenommen. Als Reaktion auf die wachsende landesweite Empörung bestätigte der Oberste Wahlrat (YSK) am Mittwoch schliesslich die Wahl von Zeydan zum Bürgermeister. – Anschliessend beseitigten die Menschen in Van errichtete Barrikaden und räumten gemeinsam die

Stadt auf. Der Co-Vorsitzende der DEM, Tuncer Bakırhan, twitterte dazu: Wir halten unser Versprechen, die Stadt in den kommenden Tagen zum Strahlen zu bringen.

Ausblick

Dort, wo nun gewählte Vertreter*innen der DEM die Ämter übernehmen, steht eine Aufarbeitung an. Die Zwangsverwaltungen haben meist leere kommunale Kassen hinterlassen. Dennoch besteht viel Hoffnung. Hilfsprojekte, Menschenrechtsarbeit und Projekte für Gleichberechtigung und Ökologie werden voller Elan wieder aufgenommen werden. Viele Menschen sind gewillt, auch unter den schwierigen Bedingungen und ohne finanzielle Ressourcen die nötige Arbeit zu leisten. Obwohl vieles darauf hindeutet, dass auch Ankara verstanden hat, dass das Zwangsverwaltersystem keine langfristige Strategie sein kann, schwebt es wie ein Damoklesschwert über den gewählten DEM-BürgermeisterInnen.

Die Erfahrungen mit der Regierung in Ankara zeigen, dass es weitere Schritte zur Demokratisierung des Landes braucht.

Hier könnte die kemalistische CHP eine Schlüsselrolle einnehmen. Ob sie sich jedoch an die Seite der DEM und der Demokratie stellen wird, bleibt aktuell offen.

Hinzu kommt, dass die Situation an der Grenze zum Nordirak/Südkurdistan und Syrien/Rojava brisant bleibt. Insbesondere die wiederkehrenden militärischen Angriffe auf Rojava produzieren genau jene Flüchtenden, vor denen sich Europa durch den Flüchtlingsdeal abschirmen lässt. Die politischen Entwicklungen der ganzen Region hängen daher auch von der Unterstützung einer internationalen Gemeinschaft ab, die es mit der Demokratie ernst meint.



Franziska Stier, Parteisekretärin

INFOBOX ZUR DEM-PARTEI

BastA! nahm bereits 2023 an der Beobachtung der nationalen Parlamentswahlen in der Türkei teil. Damals gingen wir auf Einladung der Yeşil Sol Parti (Grüne Linkspartei). Programmatisch orientieren sich DEM und Yeşil Sol an der HDP, der demokratischen Partei der Völker.

Aufgrund eines laufenden Verbotsverfahrens gegen die HDP wird die prokurdische parlamentarische Linke zu Namensänderungen und Neugründungen gezwungen. HDP: gegründet 2012. Unter dem Parteidach der HDP befinden sich zahlreiche linke und prokurdische Parteien wie BDP oder SYKP. Die HDP trat nach der Gründung erfolgreich zu diversen Wahlen an.

Yeşil Sol Parti (YSP): Mitgliedspartei innerhalb der HDP, trat 2023 als Dachpartei für die nationalen Parlamentswahlen an und wurde im Oktober 2023 in HEDEP umbenannt. Kurze Zeit später legte die Generalstaatsanwaltschaft Einspruch gegen den Namen ein, da der Name zu sehr an die HADEP erinnere, die 20 Jahre zuvor verboten wurde. Seit Dezember 2023 heisst die Partei DEM. Unter diesem Parteidach kandidierte das Bündnis zu den Kommunalwahlen am 31. März 2024.

WIR STARTEN IN DIE GROSSRATSWAHLEN



Nomination der Grossratslisten am 18. April 2024. (Foto: Claudio Rinaldi)

Im Oktober 2024 stehen die kantonalen Gesamterneuerungswahlen an und dieses Mal treten wir für die Grossratswahlen nicht in einem Bündnis mit den Grünen an. Das bringt einige Herausforderungen mit sich, birgt aber auch grosse Chancen für BastA!

Dass wir ready sind, haben wir letztes Jahr gezeigt. Wir konnten bei den Bürgergemeinderatswahlen mit 8% Stimmenanteil einen Sitz dazugewinnen und Sibels Glanzresultat bei den Nationalratswahlen zeigt, dass ihre Arbeit und ihr Engagement in Bern auch in Basel gesehen werden. Unser politisches Engagement in den Parlamenten wird auf den Strassen und in den Bewegungen wahrgenommen, weil wir mit unseren Forderungen bei den Menschen sind. BastA! bewegte sich schon immer im Spannungsfeld zwischen parlamentarischer und bewegungsorientierter Politik. Wir engagieren uns in sozialen, queeren, antirassistischen, feministischen und ökologischen Bewegungen. Wir sind überzeugt, dass der gesellschaftliche Wandel dort beginnt, wo Menschen gemeinsam für ihre Überzeugungen eintreten – sei es in den Parlamenten oder in unseren Nachbarschaften. Wir werden also weiterhin feministische, ökologische und sozialistische Perspektiven zum Ausgangspunkt unseres gemeinsamen parlamentarischen und ausserparlamentarischen Handelns machen. Darum ist es wichtig, dass wir weiterhin stark im Grossen Rat vertreten sind.

Dass wir im Herbst also nicht nur unsere Sitze halten können, sondern noch dazugewinnen. Denn unsere Themen sind aktueller denn je.

Im November beispielsweise stimmt die Schweizer Bevölkerung über den Ausbau der Autobahnen ab. Auch der Rheintunnel gehört dazu. Er wird 2.6 Milliarden Franken kosten. Damit könnte die ganze Basler Bevölkerung 18 Jahre lang gratis Tram und Bus fahren. Und das Leben wird immer teurer, die Kosten explodieren, während die Löhne kaum oder gar nicht steigen. Viele Menschen sind trotz 100% Lohnarbeit auf Prämienverbilligungen und/oder Familien-Mietzuschüsse angewiesen. Und es hängt von den politischen Mehrheiten im Grossen Rat ab, wie viel der Kanton die Menschen unterstützt, ob er bereit ist, Wohnungen zu kaufen und zur Kostenmiete an die Bevölkerung zu vermieten, und wie hoch die Prämienverbilligungen für die Krankenkassen sind.

Die Nominierung unserer Liste auf der Jahresversammlung vom 18. April hat uns einen kräftigen Schub an Energie, Motivation und Lust gegeben, diese Themen gemeinsam mit dir weiter anzugehen und die politischen Mehrheitsverhältnisse zu unseren Gunsten zu kehren. Wir von BastA! sind eine wichtige linke Stimme in der Basler Politik. Jetzt liegt es an uns, in allen Wahlkreisen zu mobilisieren und uns auf einen grossartigen Wahlkampf vorzubereiten – in den Quartieren, bei den Menschen, mit den Menschen.

Markiere dir schon mal den 6. September im Kalender – denn dann starten wir mit einer tollen Party in den Wahlkampf! Nähere Informationen werden folgen.



Sina Deiss, Co-Präsidentin

**Jetzt mit
TWINT
spenden**

